

## Unselbstständiger Entschließungsantrag (§ 51 GeoLT)

**Landtagsabgeordnete(r):** LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ)

**Regierungsmitglied(er):** Landesrat Anton Lang

**Zu Tagesordnungspunkt D1**

### **Betreff:**

### ***Veröffentlichung von Bewertungen durch Ratingagenturen!***

Es ist hinlänglich bekannt, dass der Schuldenberg des Landes Steiermark aufgrund der verfehlten Finanzpolitik schwarz-roter Regierungen in den letzten 13 Jahren enorm angewachsen ist. Aufgrund dieser Entwicklung wird die Grüne Mark dieses Jahr Darlehensverbindlichkeiten von rund 4,9 Milliarden Euro zu bedienen haben. Diese teilen sich auf insgesamt 47 Kredite auf und bescheren dem Land im Jahr 2018 eine Zinsbelastung von rund 88,7 Millionen Euro. Trotz dieser Entwicklung weigert sich die selbsternannte „Zukunftspartnerschaft“ in jenen Bereichen, in denen enorme Einsparungspotentiale vorhanden sind, den Rotstift anzusetzen. Es handelt sich dabei um den Förderdschungel, die Mindestsicherung und die Grundversorgung von Asylwerbern. Dass es auch anders geht, beweist derzeit die türkis-blaue Bundesregierung. Unter anderem durch Einsparungen in genau diesen Bereichen streben ÖVP und FPÖ ein Nulldefizit an und stellen damit unzweifelhaft unter Beweis, wer das Prädikat „Zukunftspartnerschaft“ tatsächlich verdient.

Angesichts der Bestemmhaltung von Schwarz und Rot wird die Steiermark hingegen auch in Zukunft Darlehen in Millionenhöhe aufnehmen müssen. Möglich ist dies am öffentlichen Kapitalmarkt allerdings nur, wenn sich das Land – so wie andere Gebietskörperschaften auch – laufend einer Bewertung durch Ratingagenturen unterzieht. Es steht außer Frage, dass derartige Agenturen spätestens seit dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2008 nicht den besten Ruf genießen. Schließlich wird insbesondere den drei großen Bewertungsgesellschaften „Moody's“, „Standard & Poor's“ und „Fitch Ratings“ vorgeworfen, sie hätten im Fall des Kollapses der US-Investmentbank „Lehman Brothers“ zu spät reagiert und damit die Weltfinanzkrise mitzuverantworten. Diese Tatsache ändert jedoch nichts daran, dass das Land Steiermark ein gutes „Rating“ benötigt, wenn es Darlehen mit niedriger Verzinsung aufnehmen möchte. Infolge des eingeschlagenen schwarz-roten Budgetkurses wird eine positive Bewertung der Landesfinanzen allerdings bald nicht mehr zu erreichen sein.

So bescheinigte die US-Ratingagentur „Standard & Poor's“ der Steiermark Mitte Februar dieses Jahres zwar erneut ein „AA“-Rating, prophezeite der Grünen Mark jedoch eine negative Finanzentwicklung. Als Konsequenz ist eine Abwertung und in weiterer Folge eine Erhöhung der Zinsbelastungen zu befürchten. Abzuwenden ist dies wohl nur durch eine Korrektur des Budgetkurses, wie die Regierung auf der Homepage des Landes einräumt. Bedauerlicherweise ist über den genauen Inhalt der Bewertung durch „Standard & Poor's“ ansonsten wenig bekannt, obwohl die Öffentlichkeit zweifelsohne ein Interesse an dem Bericht und seinen Schlussfolgerungen hätte. Im Sinne einer transparenten und bürgernahen Landesverwaltung sollte die Landesregierung folglich sämtliche Bewertungen der Landesfinanzen durch Ratingagenturen bzw. sonstige Stellungnahmen und Analysen derartiger Unternehmen offenlegen. Schließlich hat die steirische Bevölkerung ein Recht darauf zu erfahren, wie es tatsächlich um die Landesfinanzen bestellt ist.

Es wird daher der

## **Antrag**

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sämtliche Bewertungen der Landesfinanzen durch Ratingagenturen umgehend nach deren Übermittlung dem Landtag Steiermark zur Kenntnisnahme vorzulegen.

### **Unterschrift(en):**

LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Helga Kürgerl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ),  
LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ)